



Haiti ein Jahr danach

Am 12. Januar 2010 bebte in Haiti rund um Port-au-Prince die Erde. Mehr als Schadensbegrenzung ist seitdem nicht passiert. Über 800 000 Menschen leben noch immer in Lagern. **Seite 2**



Sittler, der Schwabe

Der Schauspieler Walter Sittler wurde im Kampf gegen Stuttgart 21 zur politischen Figur: Er erfand den Schwabenstreich. Gregor Gysi sprach mit ihm über die Mühen der Mündigen. **Seite 3**



Anbieter wechseln?

Tücken beim Wechsel des Stromanbieters / Urlaubsanspruch nach längerer Krankheit / Neues zum Sorgerecht

Standpunkt

Die Macht der Theke

Von Velten Schäfer

Fast genau zehn Jahre ist es her, dass der »Rinderwahnsinn« BSE die Republik erschütterte – und die rot-grüne Regierung die Agrarwende ausrief, eine Abkehr von der Massentierhaltung. Geschehen ist nichts, wie der Dioxin-Skandal zeigt. Das damals virulente Tiermehl-Problem ist abgestellt, doch die Industrialisierung des Fleisches ging weiter. Überdüngung ist de facto wieder legal, das freiwillige Kontrollsystem hat schlecht gegriffen – und Deutschland sich zu einem Zentrum der Massentierhaltung entwickelt.

Es ist ein Wahnsinn mit Methode: 50 Milliarden Euro pumpt Europa jährlich in den Agrarsektor – in ein System, das den Bürgern regelmäßig Gift und Gammel aufischt. Wer schon den Brüsseler Weltmarktwahn nicht diskutieren will, sollte wenigstens die Milliarden schnell besser verteilen.

Verhindern könnte ein Verpuffen des Dioxin-Skandals aber am sichersten die Macht der Theke: Würde Industriefleisch gekennzeichnet, verschwände es. So wie Käfigeier keine Rolle mehr spielen, obwohl Legebatterien noch legal sind. Die Initiatoren des Aufrufs der 300 Professoren liegen richtig mit der These, dass Kritik an Tierfabriken kein Randthema für vegetarische Spinner mehr ist.

Um so erstaunlicher bleibt es da, dass niemand den Schulterchluss mit den Gewerkschaften sucht, die seit Jahren gegen die Mächtigsten der Agrar- und Fleischkonzerne zu Felde ziehen.

Unten links

Wat denn nu? Dafür oder dajegen? »Unser Dagegen ist ein Dafür«, hat die junge Roth jesacht. Uff ihre Klausur. Det is Dialektik. Nejatation der Nejatation. Een Jrundjesetz mit juten Engels. Claudia is 'ne Marxistin – wer hätte det jedacht. Und die Sozis? Die machn uff Fortschritt. Det is immer jut. Seit' an Seit' schreint wa fort. Wohin is ejal. Bewegung is allet. So bleibn wa fit. Hat schon Jesundheitsapostel Bernstein jepredigt. Und Tscholsky meente: »Bei Licht besehn, sin wa alle jeübte Sozialdemokraten.« Och die LINKEN. Det hat nun Jenosse Jysi klarjestellt: »Wir waren, wir sind und werden keene Kommunisten sein.« Erjo, die kann man och wählen. Entjejen anderslautenden Jerüchten wolln die keene Revolution machen. Stehn fest uffn Boden des Jrundjesetzes. Nicht det von Engels, sondern det, wat se damals uff Herrenchiessee ausjetüftelt haben. Janz klar, die Jenossen jrusetls selbst vor 'ner kommunistischen Jüterjemeinschaft. Schließlich haben se mehr als 'n paar Kettchen zu verlieren. **ves**

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Bündnis gegen Tierfabriken

Umweltverbände machen gegen Massentierhaltung mobil / Dioxin bei Schweinen festgestellt

Von Velten Schäfer

Der Dioxin-Skandal ist kein Einzelfall, sondern ein Symptom – das wollen Umwelt- und Landwirtschaftsverbände bei einer Großdemo in der kommenden Woche unterstreichen. Als Sofortmaßnahme fordern sie eine Kennzeichnung von Industriefleisch.

Vor dem Hintergrund des neuesten Dioxin-Skandals haben Landwirtschafts- und Umweltverbände gemeinsam mit einer Professoren-Initiative einen Ausstieg aus der Massentierhaltung gefordert. »Im industriellen Maßstab ist Tierhaltung nur möglich, wenn Umwelt- und Tierschutz in den Verordnungen (...) ausgeblendet werden. Viel zu viele Tiere werden auf geringsstem Raum in immer größeren Ställen zusammengepfercht und bezahlen mit ihrem Leid für das Profitstreben der Fleischkonzerne und das Versagen der Politik«, sagte BUND-Bundesvorsitzender Hubert Weiger in Berlin. Weiger fordert eine Kennzeichnung von Fleisch aus Massentierhaltung: »Auf die Produkte müssen die Haltungsbedingungen drauf.«

Ähnlich sehen es die 300 Professoren aller Fachrichtungen, die sich einer Initiative gegen Massentierhaltung angeschlossen haben. »In der Massentierhaltung wird mit Tieren auf eine Art umgegangen, die uns als Gesellschaft beschämen muss«, heißt es in dem Appell, für den weiter Unterstützer gesucht werden. »Immer mehr Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft wollen sich nicht länger mit den Zuständen in der industriellen Tierhaltung abfinden«, sagte Friederike Schmitz, die die Kampagne als wissenschaftliche Mitarbeiterin am philosophischen Seminar der Uni Heidelberg mit angestoßen hat.

Zu den Unterzeichnern des Professoren-Appells gehören den Initiatoren zufolge bekannte Wissenschaftler wie der Theologe Eugen Drewermann, der Umweltethiker Konrad Ott, der Mediziner Wolfgang Sterry, der Literaturwissenschaftler Dieter Borchmeyer, der Philosoph Dieter Henrich und der



Eng ist es im Schweinestall – und das Fressen lässt auch nach, wie sich jetzt zeigt.

Foto: dpa/Patrick Pleuel

frühere Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Dieter Simon. Man wolle die breite gesellschaftliche Verankerung der Kritik an Massentierhaltung abbilden, sagte Mitinitiatorin Schmitz.

Nun wollen die Gegner der »Tierfabriken« am 22. Januar anlässlich der Agrarmesse »Grüne Woche« in Berlin gemeinsam auf die Straße gehen. »Wir sind eine breite Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft«, sagt Jochen Fritz vom Veranstalter-Bündnis: »Der Systemfehler ist die industrielle Landwirtschaft, die von Merkel und Aigner unterstützt wird.« Die Demonstration richte sich aber

auch gegen »Gentechnik und Dumping-Exporte«.

BUND-Chef Weiger hält die Grüne Woche ebenfalls für einen guten Anlass zum Demonstrieren. Ihm zufolge »verblödet« die Messe ihre Besucher regelrecht: So werde stets eine Viehhaltung auf Stroh suggeriert, die längst der Vergangenheit angehöre.

Die Industrie verwahrt sich dagegen gegen Generalisierungen. »Die Tierhaltung in Deutschland erfolgt heute auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und ist durch eine hohe Fachkompetenz und Sachkunde der Halter gekennzeichnet«, so Thomas Janning vom Zentralverband der Ge-

flügelwirtschaft. »Alleine das Management im Stall und nicht die Anzahl der Tiere ist entscheidend, um zu bewerten, ob eine tiergerechte Haltung erfolgt oder nicht.«

Unterdessen wurde in einer Schweinemästerei im niedersächsischen Landkreis Verden bei einer Probeschachtung ein erhöhter Dioxinwert festgestellt. Bisher war das Gift nur in Eiern und Hühnerfleisch gefunden worden. Der in Niedersachsen betroffene Landwirt soll das Futter selbst gemischt, aber Komponenten von dem in die Schlagzeilen geratenen Fettzulieferer in Schleswig-Holstein bezogen haben.

Seite 16

Pessimistischer Bericht zur Ölkatastrophe

US-Untersuchungskommission macht drastische Reformen zur Bedingung für mehr Sicherheit

Eine Ölkatastrophe wie im Golf von Mexiko kann sich nach Ansicht einer Untersuchungskommission ohne strikte Reformen jederzeit wiederholen.

Washington (Agenturen/ND). Um ein erneutes Desaster während einer Tiefseebohrung nach Öl zu verhindern, müssten sowohl die Behörden als auch die Industrie massiv in die Sicherheit investieren, heißt es laut US-Medien in dem Abschlussbericht einer von US-Präsident Barack Obama eingesetzten unabhängigen Expertenkommission.

Die Ölpest hatte am 20. April vorigen Jahres mit der Explosion der BP-Bohrinsel »Deepwater Horizon« vor der Küste des Staates Louisiana begonnen, bei der elf Arbeiter ums Leben kamen. 780 Millionen Liter Rohöl strömten ins Meer, bis die Quelle in 1500 Metern Tiefe im August geschlossen werden konnte. Obama hatte zur

Untersuchung der Vorgänge ein siebenköpfiges Gremium eingesetzt. Es sollte auch Vorschläge für neue Gesetze machen.

In dem Report fordert die Kommission unter anderem mehr Geld, Personal und Befugnisse für die Aufsichtsbehörde. Das Bureau of Ocean Energy Management (Büro für Ozean-Energie-Management) soll künftig direkt dem US-Innenministerium unterstellt sein. Die Vorgängerbehörde MMS wurde im Zuge der Ölpest aufgelöst, nachdem Obama ihr eine viel zu unkritische Bindung zur Ölindustrie bescheinigt hatte.

Vor Entscheidungen über neue Bohrgenehmigungen in der Tiefsee müssten nach dem Willen des Gremiums künftig die Wissenschaftler der Ozeanografie- und Wetterbehörde NOAA sowie die US-Küstenwache zu den Risiken befragt werden. Weist die Aufsichtsbehörde Bedenken gegen

neue Bohrungen zurück, müsse sie das schriftlich begründen. Darüber hinaus wollen die Experten, dass die Frist zur Ausstellung von Genehmigungen auf 60 Tage verdoppelt wird, damit mehr Zeit zum Prüfen bleibt.

Neben den Behörden soll die Industrie künftig weit stärker zur Verantwortung gezogen werden. So fordert die Gruppe, die Summe, mit der Unternehmen bei solchen Unfällen haften, deutlich zu erhöhen. Bisher gilt eine gesetzliche Obergrenze von 75 Millionen Dollar. Der Schaden der Ölpest im Golf von Mexiko geht indes in die Milliarden. Ein ähnlicher Vorstoß der Regierung während der Ölpest war im Kongress stecken geblieben.

In der vergangenen Woche machte ein vorab veröffentlichtes Kapitel des Berichtes deutlich, dass die Ölpest Folge vermeidbarer Fehler der an der Bohrung beteiligten Unternehmen war. Dem-

nach ergriffen der britische Ölkonzern BP, das Schweizer Unternehmen Transocean und die US-Firma Halliburton eine Reihe gefährlicher und zeitsparender Maßnahmen, ohne die Risiken in Betracht zu ziehen. Ferner wollen die Experten, dass die Ölindustrie selbst ein eigenes Sicherheitsinstitut einrichtet. Mit dessen Hilfe sollen die Firmen gemeinsam Techniken und Methoden entwickeln, um solche Katastrophen in Zukunft vermeiden zu können.

Um Natur und Wirtschaft am Golf von Mexiko wieder aufzubauen, will die Kommission der Region eine Milliardensumme zuleiten. Nach ihrem Vorschlag sollen 80 Prozent der Strafgeelder für die Wasserverschmutzung zum Wiederaufbau eingesetzt werden.

Derweil hat ein Leck in einer wichtigen Öl-Pipeline in Alaska die Preise für Rohöl auf den Weltmärkten in die Höhe schießen lassen.

Vorerst keine H&K-Waffen nach Mexiko

Regierung muss lasche Exportkontrolle zugeben

Berlin (ND-Heilig). Der deutsche Waffenhersteller Heckler&Koch darf vorerst keine Waffen mehr nach Mexiko liefern. Das erklärte die Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion. Unlängst war bekannt geworden, dass G-36-Sturmgewehre der Firma (Wahl-spruch: Keine Kompromisse!) auch in den vier mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco eingesetzt werden. Das war vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle im Sommer 2006 wegen dort anhaltender Menschenrechtsverletzungen verboten worden.

Laut Wirtschaftsministerium gibt es keinen Lieferstopp, die Bearbeitung aktueller Lieferträge von Heckler&Koch nach Mexiko sei nur »ausgesetzt«. Bei anderen Unternehmen besteht bislang dafür kein Anlass. »Man warte staatsanwaltschaftliche Ermittlungen ab. Ende Dezember hatten Stuttgarter Fahnder H&K-Geschäftsräume in Oberndorf durchsucht.

Für Jan van Aken, Vizechef der Bundestags-Linksfraktion, ist die Regierungsentcheidung zumindest unlogisch. Es bestünden dringende Zweifel an der Verlässlichkeit beider Parteien. »Trotzdem darf Heckler&Koch weiter Waffen exportieren und Mexiko weiter deutsche Waffen importieren.« Insgesamt bestätigten die Antworten den Verdacht, dass Rüstungsexporte nur »außerordentlich lasch kontrolliert werden.«

Kurz

Panama ohne Wasser

Panama-Stadt (dpa). Eine Million Einwohner in Panama sind seit Tagen ohne Wasser, weil die Trinkwasserversorgung zusammengebrochen ist. In vielen Teilen der Hauptstadt bildeten sich vor den Tanklastwagen lange Schlangen von Menschen, die nach Wasser anstanden. Präsident Ricardo Martinelli sprach von einer unerträglichen Situation.

Wieder Tote in Sudan

Juba (AFP). Am Rande des Referendums über die Unabhängigkeit Südsudans haben arabische Nomaden einen Konvoi von Südsudanese angegriffen und zehn von ihnen getötet.

Kirchenaustritte

Wien (AFP). Die katholische Kirche in Österreich hat vergangenes Jahr die höchste Zahl von Austritten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verzeichnet. 2010 verließen in dem Land rund 87 400 Menschen und damit 64 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor die Kirche.

ADAC auf Platz zwei

München (dpa). Der ADAC ist 2010 dank eines kräftigen Mitgliederzuwachses zum weltweit zweitgrößten Automobilclub aufgestiegen. Insgesamt zählte der ADAC am Jahresende 17,28 Millionen Mitglieder, wie der Autoclub am Dienstag mitteilte.